



## >>> SEGEBERG UND STORMARN

# Bericht aus Berlin

07/2016

AKTUELLES DER WOCHE

Berlin, 08. Juli 2016

### **Sehr geehrte Damen und Herren,**

mit der 2./3. Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung haben wir in der Gesellschaft ein klares Zeichen gesetzt: Wenn jemand einen sexuellen Kontakt nicht will, ist das ohne Wenn und Aber zu akzeptieren.

Zukünftig reicht die Vornahme sexueller Handlungen gegen den erkennbaren Willen des Opfers zur Strafbarkeit aus. Der Grundsatz „Nein heißt Nein“ verträgt keine Einschränkung und wird durch maßgeblich von der Unionsfraktion im parlamentarischen Verfahren voran getriebene Änderungen fest im Sexualstrafrecht verankert.

Mit den neuen strafrechtlichen Regelungen geben wir auch die richtigen Antworten auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten in unserem Lande, bei denen Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden. Zukünftig werden mittels eines neuen Straftatbestandes der sexuellen Belästigung auch das sogenannte Grabschen und solche Straftaten, die aus Gruppen heraus begangen werden, geahndet.

Dass dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen worden ist, zeigt ganz deutlich, wie wichtig uns allen dieses Thema ist.

Ihr

### IMPRESSUM

Verantwortlich i.S.d.P.  
für diese Seite:  
**Gero Storjohann** **MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. (030) 227- 77762  
Fax (030) 227- 76762  
gero.storjohann@bundestag.de  
Internet: www.gero-storjohann.de



Foto: © Fotolia.com – Andrei Korzhyts

### **Nach der „Brexit“-Entscheidung**

Die Bürger Großbritanniens haben sich in einem Referendum für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union ausgesprochen. Diese Entscheidung respektieren wir, auch wenn sie eine herbe Zäsur in dem europäischen Einigungsprozess darstellt. Gerade die junge Generation, die die Zukunft des Landes darstellt und mit großer Mehrheit für den Verbleib ihres Landes in der europäischen Gemeinschaft votierte, konnte sich aufgrund ihrer geringen Wahlbeteiligung nicht durchsetzen. Gerade diese Gruppe wird nun von den Antreibern der „Brexit“-Kampagne allein gelassen. Daran kann ganz Europa sehen, was geschieht, wenn Populisten Erfolg haben, wenn diejenigen, die uns weismachen wollen, es gäbe für schwierige Aufgaben leichte Lösungen, zum Zuge kommen.

Diese Erkenntnis lässt mich hoffen, dass jeder begreift, wie wichtig es ist, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Es liegt jetzt zunächst einmal an Großbritannien selbst, zu erklären und festzulegen, wie es sein zukünftiges Verhältnis zur Europäischen Union gestalten möchte. Großbritannien wird aber ein wichtiger Partner für die Europäische Union und Deutschland bleiben, mit dem wir eng in der NATO, bei G7 aber auch bei G20 zusammenarbeiten werden.

## Elektronische Kfz-Anmeldung bald möglich

Überlastete Behörden und daraus resultierende lange Wartezeiten werden bald – zumindest in der Fahrzeugzulassung – der Vergangenheit angehören. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze, das wir in zweiter und dritter Lesung beraten, treiben wir als Union das Projekt i-Kfz voran, das ich als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf den Weg brachte.

Dahinter verbirgt sich die internetbasierte Fahrzeugzulassung, die dafür sorgt, dass es zukünftig bequemer wird, ein Fahrzeug zuzulassen oder wieder anzumelden. Den Gang zur Zulassungsstelle kann man sich dann nämlich sparen und den Vorgang am heimischen Computer vollziehen.

Die Verwaltung wird hierdurch entlastet, aber auch die Anwender haben einen Nutzen davon, so lässt sich durch eine vollständig digitalisierte Abwicklung des Verwaltungsakts eine sofortige Teilnahme am Straßenverkehr im Anschluss des Zulassungsvorganges verwirklichen.

Ein weiteres Novum sorgt für Entspannung bei den Polizeikräften. Seit Jahren nimmt die Zahl der sogenannten Großraum- und Schwertransporten im deutschen Straßennetz zu. In vielen Fällen wird diesen Transporten die Begleitung durch Polizeikräfte auferlegt. Das bindet Ressourcen, die anderweitig dringender benötigt werden.

Dieser Entwurf macht einen Einsatz von sogenannten Verfügungshelfern möglich, die dadurch Polizeikräfte aktiv entlasten. Allerdings ergibt nur eine bundesweit einheitliche Regelung Sinn, da es sonst zu Komplikationen bei länderübergreifenden Transporten kommen kann. Diese Rahmenbedingungen werden hiermit geschaffen und so sorgen wir für Erleichterung.

Weiterhin wird durch redaktionelle Anpassung ein erleichterter Austausch von Informationen über die Verkehrssicherheit gefährdende Delikte möglich.

Insgesamt lässt sich also sagen, dass uns mit diesem Gesetzentwurf eine bundeseinheitliche Regelung gelungen ist, die der Mobilität der Bürger zuträglich ist und der Verkehrssicherheit aller dient.



Foto: © fotolia.com – Günter Menzl

## TERMINAUSWAHL

09.07.	15:00	funArena Drachenfest Henstedt-Ulzburg
11.07.	20:00	Nominierungsveranstaltung Bundestagswahl 2017 für den Wahlkreis 008, Henstedt-Ulzburg
14.07. – 15.07		Klausurtagung CDU-Küstenkreis, Konstanz/Friedrichshafen
15.07.	18:00	70 Jahrfeier CDU Ortsverband Henstedt-Ulzburg
17.07.	13:00	Fahrradtour und Sattelfest der CDU Kaltenkirchen
19.07.	18:00	Oldtimer-Grillabend des MSC Kaltenkirchen im Rahmen der ADAC Country Tours, Jübek